

Pressemitteilung

Osnabrück, 01.11.2019

Miethaien die Zähne ziehen - Mietendeckel jetzt für bezahlbare Mieten

Die Linksfraktion wird in der kommenden Sitzung des Rates der Stadt Osnabrück am 5.11. einen Antrag einbringen, in dem sie den Landtag dazu auffordert, schnellstmöglich einen landesweiten Mietendeckel zu erlassen. Dieser soll sich eng am Modell aus Berlin orientieren, Obergrenzen für Mieten festsetzen und so den permanenten Anstieg von Mieten unterbinden. Unterstützt wird der Antrag durch eine Aktion des Kreisverbandes der Linken, der am gleichen Tag von 14.00 Uhr –17.00 Uhr einen Infostand in der Krahnstraße zum Thema Mieten und Wohnen durchführen wird.

Dazu Heidi Reichinnek, Ratsfrau in Osnabrück und Landesvorsitzende der Linken: „Die Situation ist bekannt: die Wohnungssuche wird zum Stresstest, steigende Mieten selbst für unrenovierte Wohnungen, die sich in katastrophalem Zustand befinden und Verdrängung alteingesessener Mieter*innen gehören in ganz Deutschland zum Alltag. Alle reden von bezahlbarem Wohnraum, doch außer der LINKEN ist niemand bereit, sich mit den dahinter liegenden Marktmechanismen auseinanderzusetzen und sich mit den Großkonzernen anzulegen, die auf Kosten zahlloser Mieter*innen ihre Profite immer weiter nach oben schrauben. Wohnen ist Menschenrecht und kein Renditeobjekt – deshalb muss die öffentliche Hand hier endlich wieder regulierend eingreifen. Als Sofortmaßnahme fordern wir deswegen einen Mietendeckel für Niedersachsen. Die Kommunen müssen die rechtliche Möglichkeit erhalten, vor Ort Mietobergrenzen festzulegen und Verstöße gegen diese Grenzen zu ahnden. Doch das allein reicht nicht, wir brauchen auch dringend neuen, bedarfsgerechten Wohnraum. Deswegen müssen Land und Bund umfassend in den sozialen Wohnungsbau investieren. Die Zeit für Ausreden und Beschwichtigung ist vorbei.“

Giesela Brandes-Steggewentz, Fraktionsvorsitzende der Linken im Rat dazu: „Auch die Situation in Osnabrück ist alarmierend. Von 2012 bis 2018 sind die Mieten um 34,8 Prozent angestiegen, das entspricht einer jährlichen Steigerung von 5,1 Prozent. Es fallen zunehmend Wohnungen aus der Sozialbindung und das Programm zum Ankauf dieser Belegungsbindungen kann man nur als erfolglos bezeichnen. Die kommunalpolitischen Initiativen der Linksfraktion, die die vorhandenen Instrumente, z.B. eine Zweckentfremdungssatzung oder die Ausweisung von Millieuschutzgebieten, nutzbar machen sollen, werden abgebügelt oder in den Ausschüssen still und heimlich beerdigt. Wir können von Glück reden, dass die Bürger*innen der Stadt Osnabrück es über einen Entscheid durchgesetzt haben, das es zur Neugründung einer kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft kommt. Hier muss ganz klar sein, dass diese nicht wieder von den wechselnden Ratsmehrheiten verscherbelt werden kann und die Bürger*innen ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung haben. Doch die chronisch unterfinanzierten Kommunen können hier nicht allein die landes- und bundesweiten Fehlentscheidungen ausgleichen. Wir brauchen Unterstützung aus Hannover und Berlin!“